

DAS THEMA

„Älter werden – aktiv bleiben – Seniorenmitwirkung in Thüringen“, so lautete das Thema der Seniorenkonferenz, die am 25. Juni auf Einladung der Fraktion DIE LINKE und der Senioren-AG der Landespartei im Landtag stattfand. Wie notwendig es ist, die Debatte zu führen, mit alten Klischees aufzuräumen und gemeinsam ein modernes Seniorenbild für Thüringen zu entwickeln, erläuterte eingangs Margit Jung, familienpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Sie dankte all denen, die sich bisher für dieses Thema stark gemacht haben.

Bereits mit den Grußworten der Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow wurde deutlich, dass das

Senioren wollen mitbestimmen

LINKE Landesseniorenkonferenz mit großer Resonanz

stätigten auch mehrere Vertreterinnen und Vertreter von kommunalen Seniorenbeiräten aus verschiedenen Regionen Thüringens in ihren Redebeiträgen.

Dr. Steinhaußen plädierte zudem dafür, dass der Landesseniorenrat mehr in anderen Landesgremien, wie z.B. dem Landespflegeausschuss, präsent sein könnte und somit die Forderungen der Thüringer Seniorinnen und Senioren in diesen Gremien besser eingebracht werden könnten. In der anschließenden Diskussion mit den Ver-

tretungen der aktiven Seniorinnen und Senioren in den einzelnen Regionen keine „Alibivereine“ sind, auch weiterhin gebraucht werden und „einen langen Atem“ haben müssen. Er sicherte zu, dass die Ergebnisse der Debatte in die Novelle des Seniorenmitwirkungsgesetzes einfließen werden.

Landesseniorenrat soll Landesregierung beraten

Im Ergebnis der Seniorenkonferenz werde geprüft, ob diese Vertretungen



Staatssekretärin Ines Feierabend vom Thüringer Sozialministerium bei ihren Ausführungen (Foto links) sowie der Vorsitzende der Landes-Senioren-AG der Partei DIE LINKE, Wolfgang Albold (Foto rechts).



Thema weit mehr beinhaltet als die notwendige Debatte hin zu einem veränderten Bild von Alter und Älterwerden. Die LINKE wird auch künftig bessere Bedingungen in der Pflege, beim barrierefreien Wohnen und für ein würdevolles Altern Zuhause einfordern und sich der großen Herausforderung dieser Aufgaben stellen.

Staatssekretärin Ines Feierabend (LINKE) vom Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie teilte mit, sie sei offen für neue Vorschläge und für eine Prüfung der gesetzlichen Überarbeitung des Seniorenmitwirkungsgesetzes, welches seit 2012 für Thüringen gilt. Sie wies darauf hin, dass das Land die hauptamtliche Geschäftsstelle der Landesseniorenvertretung fördert, die wiederum die kommunalen Seniorenbeiräte unterstützt.

treterinnen und Vertretern der kommunalen Seniorenbeiräte und -vertretungen wurde deutlich, dass die Umsetzung des Seniorenmitwirkungsgesetzes unterschiedlich gut in den Regionen erfolgt.

Vertretungen der Senioren sind „keine Alibivereine“

Derzeit gibt es in Thüringen 40 Seniorenbeiräte und -vertretungen. Nach der Verabschiedung des Gesetzes

in den Kommunen flächendeckend etabliert werden durch eine verbindliche Vorschrift, sodass die Mitsprache von Seniorinnen und Senioren auch in Fragen der Stadtentwicklung, der Verkehrs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik sichergestellt wird.

Ziel ist es, aus dem Seniorenmitwirkungsgesetz ein Seniorenmitbestimmungsgesetz zu entwickeln, um die kommunalen Strukturen zu stärken und um eine wirkliche Teilhabe von Seniorinnen und Senioren zu ermögli-



2012 kamen nur zwei Neugründungen im Landkreis Sömmerda und im Eichsfeldkreis dazu. Das Gesetz hatte folglich keine expandierende Wirkung. Andererseits haben die kommunalen Seniorenbeiräte und -vertretungen durch die neuen rechtlichen Regelungen nun auch neue Satzungen, können Fördermittel vom Land beantragen und ihre Rechte sind festgeschrieben.

Wolfgang Albold, Vorsitzender der LAG Senioren der LINKEN in Thüringen, machte deutlich, dass die Vertre-

chen. Die LINKE-Landtagsfraktion möchte den Landesseniorenrat stärken, damit dieser zum einen den stetigen Austausch zwischen Seniorenorganisationen und Politik gewährleisten, sich aber zum anderen auch zu einem Beratungsinstrument der Landesregierung weiterentwickeln kann.

Cordula Eger
Wiss. Mitarbeiterin der Fraktion für
Soziales, Gesundheit und Arbeit

Bündnis fordert Ostrenten-Angleichung

„Jetzt ist es an der Zeit, den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Fahrplan für eine vollständige Angleichung der Rentenwerte endlich umzusetzen. Ein Gesetzgebungsverfahren muss vor der nächsten Bundestagswahl erfolgen.“ Mit dieser Forderung betonte das Bündnis für eine gerechte Rentenangleichung in den neuen Bundesländern auf seinem Ostrenten-Gipfel im Juni die Dringlichkeit einer politischen Lösung zur vollständigen Angleichung des Rentenwerts Ost an den der alten Länder. Der Gipfel stand unter der Überschrift „25 Jahre deutsche Einheit: Renteneinheit überfällig!“

Viele Alleinstehende im Seniorenalter

463.000 Thüringer sind alleinstehend. Das war nach Mitteilung des Landesamtes für Statistik mehr als jeder Fünfte (21,5 Prozent) der rund 2,2 Millionen Einwohner Thüringens. Die Anzahl stieg im vergangenen Jahr um 7.000 bzw. zwei Prozent. Mit 37 Prozent war der Anteil der Alleinstehenden im Alter ab 65 Jahren besonders hoch. Von den insgesamt 170.000 Alleinstehenden im Seniorenalter von 65 und mehr Jahren entfielen 133.000 bzw. 78 Prozent auf Frauen. Fast drei Viertel der alleinstehenden Seniorinnen waren verwitwet. 13.000 ältere Thüringer lebten mit anderen Personen in einem Mehr-Personenhaushalt zusammen. Von den 169.000 alleinstehenden Senioren mussten 64 Prozent mit weniger als 1.300 Euro auskommen.

Lebenserwartung leicht gestiegen

Nach neuester Statistik liegt in Thüringen die Lebenserwartung eines neugeborenen Jungen bei 76,8 Jahren und die eines Mädchens bei 82,6 Jahren. Das sind im Vergleich zum Ende der 90er Jahre 3,3 bzw. 2,5 Jahre mehr und zum Zeitraum 1988/1990 sogar 6,9 bzw. 6,6 Jahre mehr. Im Vergleich zum gesamtdeutschen Durchschnitt ist sie bei neugeborenen Jungen noch 0,9 Jahre niedriger und bei Mädchen 0,2 Jahre. Auch bei älteren Thüringern ist ein Anstieg der Lebenserwartung zu beobachten. Wer als Mann heute mit 65 Jahren in Rente geht, hat rein rechnerisch noch 17 Jahre vor sich. Frauen können mit 20,3 Jahren rechnen. Das sind 4,3 bzw. 4,7 Jahre mehr als 1988/1990. Auch die hochaltrigen Menschen können, einmal das Alter von 80 Jahren erreicht, durchschnittlich noch auf weitere 7,4 Jahre bei Männern bzw. 8,8 Jahre bei Frauen hoffen.

Was die aktive Mitbestimmung erheblich erschwert

Dr. Jan Steinhaußen, Geschäftsführer des Landesseniorenrates Thüringen, sprach über die Umsetzung des Seniorenmitwirkungsgesetzes und die verschiedenen Probleme dabei, wie das Vorhalten der doppelten Struktur von Landesseniorenrat und Landeseniorenvertretung und den damit einhergehenden Förderungen sowie die notwendige klare Trennung der Aufgaben beider Gremien.

Zudem sei unbefriedigend, dass die vielen Stellungnahmen, die von den Seniorenvertretungen erarbeitet werden, oft zu keinen Veränderungen führen und somit eine aktive Mitbestimmung erheblich erschweren. Dies be-